

**Gegenstand: Bekämpfung invasiver Pflanzenarten - Ambrosie;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.06.2013
Vorlage: 1101/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Wagner. Er nimmt dabei Bezug auf den Report-Bericht, in dem auf ein angeblich großes Vorkommen in Speyer hingewiesen wird. Bundesweit leidet fast jeder 3. an einer Allergie, vorwiegend an Pollenallergien. Der Blütenstaub der Ambrosie enthält ein extremes Allergen. Die Pflanze ist ausgesprochen widerstandsfähig; in der Schweiz schafft man es mit einem landesweiten Programm gerade, den Bestand einigermaßen im Zaum zu halten. Die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Hessen zeigen eine sehr zögerliche Haltung und wollen abwarten, bis ein europäisches Gutachten vorliegt. Bis dahin kann evtl. eine weitere Ausbreitung der Pflanze nicht mehr gestoppt werden.

Nach Ansicht von Frau Münch-Weinmann hätte man das Wissen der LUFA dazu holen können. Sie plädiert für eine Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr; dort sollen Fachleute hinzugezogen werden.

Die BGS teilt laut Herrn C. Ableiter die Auffassung der CDU-Fraktion, nicht zu lange zuzuwarten. Eine mechanisierte Bekämpfung mit Mähmaschinen alleine ist nicht ausreichend, ein Angriff auf die Landesregierung hilft da aber auch nicht. Deshalb sollte in Randbereichen der Einsatz von städtischen Kräften zur manuellen Bekämpfung geprüft werden.

Herr Feiniler wirft ein, der Landesregierung sei die Gefährlichkeit wohl doch bekannt, sonst wäre keine Abfrage an die Kommunen gestellt worden; der Antrag sei damit obsolet. Herr Dr. Jung erwidert, die Reaktion erfolgte erst nach der Fernsehsendung. Die Problematik ist aus Sicht des Vorsitzenden durchaus bekannt, allerdings ist der Einwanderer schwer zu unterscheiden von einheimischen Beifußgewächsen. Bekannt sind in Speyer 2 Vorkommen, an der B 9 und an einer Unterführung der B 39. Nach der Sendung gab es mehrere Anrufe über Sichtungen möglicher Ambrosia-Standorte, die jedoch nicht verifiziert werden konnten.

Für Herrn Dr. Jung ist es unverständlich, was so schwer daran sein kann, einem solchen Antrag zuzustimmen. Er fragt, was da denn so Kritisches drin steht. Der Rat kann den Antrag doch beschließen und die weitere Beratung dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr übergeben. Der Landesbetrieb Mobilität sollte seines Erachtens nicht aus der Verantwortung genommen werden, manuelle Beseitigungsarbeiten vorzunehmen.

Frau Münch-Weinmann stellt formell den weitergehenden Antrag auf unmittelbare Verweisung in den Ausschuss zur Beratung und Entscheidung.

Herr F. Ableiter erinnert daran, dass solche Anträge, wenn sie von der BGS kamen, vom früheren OB oder der CDU-Fraktion mit dem Argument niedergeschmettert wurden, damit bräuchte man die Ratssitzungen nicht zu belasten, dies sei Sache für die Verwaltung, die personell heute aber auch nicht mehr so besetzt ist, um alle Bereiche abdecken zu können.

Der Antrag von Frau Münch-Weinmann auf Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr erhält mit 19 Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit und wird mit 20 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 9 Enthaltungen, SPD-Fraktion):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zu berichten, welche Erkenntnisse sie über das Vorkommen der Beifuß-Ambrosie hat.
2. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, zu berichten, welche Maßnahmen sie gegen das Vorkommen der Beifuß-Ambrosie ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt.
3. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass die Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung Informationen über festgestellte Populationen der Beifuß-Ambrosie zukommen lassen.
4. Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, von der Landesregierung eine landesweite Strategie zur aktiven Bekämpfung der Beifuß-Ambrosie einzufordern.

Die antragstellende CDU-Fraktion ist damit einverstanden, wenn die weitere Behandlung des Themas im Ausschuss für Umwelt und Verkehr erfolgt.